



Albanien

Landesstrategie 2015–2020

Impressum:

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
Sektion VII – Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)501150 – 4454
Fax: +43 (0)501159 – 4454
abtvi4@bmeia.gv.at
www.entwicklung.at

Die Landesstrategie wurde verfasst von

- Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten,
Sektion VII – Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
- Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit Tirana
- Austrian Development Agency

Wien, September 2015

Bestellung:

Austrian Development Agency (ADA),
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Öffentlichkeitsarbeit
Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich
oeza.info@ada.gv.at, www.entwicklung.at

Titelbild: © Austrian Development Agency

Zusammenfassung/Executive Summary

Die in Zusammenhang mit der außenpolitischen Neugewichtung der Region Donauraum/Westbalkan im Juni 2014 getroffene politische Entscheidung, die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (EZA) mit Albanien unbefristet fortzusetzen, macht eine neue Landesstrategie Albanien 2015–2020 notwendig.

Die Landesstrategie wurde mit dem Partnerland Albanien seit November 2014 vorbereitet und gemeinsam mit der albanischen Regierung, der Gebergemeinschaft und mit allen staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteuren in Österreich abgestimmt. Auf den bisherigen ODA-Leistungen Österreichs an Albanien (1995–2013: 99,47 Mio. Euro) und EZA-Erfahrungen aufbauend und mit Blick auf die Herausforderungen des Reformprozesses, die EU-Heranzuführung Albanien und die regionale Zusammenarbeit konzentriert sich Österreich in den nächsten Jahren verstärkt auf Kapazitätsentwicklung, Vermittlung von Know-how und auf die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Thematische Schwerpunktbereiche:

- 1. Governance und Rechtsstaatlichkeit,**
- 2. Integriertes Wassermanagement**
- 3. Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung/Employability**

Querschnittsthemen:

- 1. Soziale Inklusion**
- 2. Geschlechtergleichstellung**
- 3. Umwelt/Klimawandel.**

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) schafft mit diesen Schwerpunktsetzungen eine positive Perspektive für ein inklusives Breitenwachstum sowohl für die albanische Bevölkerung als auch für die Rückkehr albanischer StaatsbürgerInnen aus dem Ausland. Daneben soll diese Kooperationsstrategie vor dem Hintergrund des weltweit zunehmenden Extremismus und Terrorismus zu einer verstärkten migrationspolitischen Zusammenarbeit mit Albanien, einem der Transitländer des Westbalkans, beitragen. Die neu geschaffene gesamtstaatliche Abstimmungskultur in beiden Ländern ermöglicht es, auf neue Entwicklungen und humanitäre Krisen im Zusammenhang mit Migration rasch und flexibel reagieren zu können.

Die Landesstrategie Albanien orientiert sich an der EU-Strategie 2020, der daran ausgerichteten Strategie des Regional Cooperation Council (RCC) und am Indicative Country Strategy Paper für Albanien 2014–2020 (IPA II) der Europäischen Kommission. Sie verfolgt eine gesamtstaatliche Perspektive des entwicklungspolitischen Engagements Österreichs in Albanien und ist auf das übergeordnete Drei-Jahres-Programm (3JP) ausgerichtet. Sie ergänzt die Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan und versteht sich komplementär zur IFI-Strategie des BMF und der Strategie der Oesterreichischen Entwicklungsbank (OeEB) für den Westbalkan. Sie ist abgestimmt mit den Prioritäten der im Entwurf befindlichen nationalen Entwicklungsstrategie und den relevanten Sektorstrategien der albanischen Regierung (2014–2020: z. B. Crosscutting Public Administration Reform Strategy, National Employment and Skills Strategy, Public Finance Management Strategy, Anti-Corruption Strategy, Social Inclusion Policy Paper ...). Die österreichische Bundesregierung verfolgt

das Ziel, die Kohärenz der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zu stärken und sie an neue Herausforderungen anzupassen. Durch eine stärkere Resultatorientierung in Kooperation mit Parlament, Ressorts, Sozialpartnern und CSOs sowie der interessierten Öffentlichkeit und enger Abstimmung mit den Zielgruppen in Partnerländern sollen die Lebensbedingungen positiv verändert werden.

Für die entwicklungspolitische Gesamtkoordination wird eine **interministerielle Plattform** unter Teilnahme des Parlaments und der Zivilgesellschaft gebildet. Im Sinne der „Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung“ nehmen alle Teile der Bundesverwaltung und Zivilgesellschaft, die ein relevantes Interesse an Albanien haben, daran teil. Das Monitoring des österreichischen Engagements auf lokaler Ebene wird pragmatisch und „bottom-up“ in Kooperation mit den albanischen Partnern und in Koordination mit den internationalen Gebern durchgeführt. Der Koordinations- und Kohärenzbedarf wird durch die Hauptakteure der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, einschließlich der Verantwortlichen für die Humanitäre Hilfe, gemeinschaftlich bewirtschaftet. Die Akteure bündeln ihre Interessen und treffen sich in regelmäßigen Abständen.

Als kleiner Geber hat Österreich ein besonderes Interesse an einer effektiven Koordination, Zusammenarbeit und Harmonisierung mit anderen internationalen Akteuren in Albanien sowie an einer effizienten Arbeitsteilung. Dies bedingt eine stärkere Vernetzung und strategische Zusammenarbeit jener österreichischen Institutionen, die sich um EU-Mittel bewerben.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung/Executive Summary	1
Abkürzungsverzeichnis.....	4
1. Hintergrund und Analyse	5
2. Strategische Entwicklungsziele	6
3. Thematische Schwerpunktbereiche der Landesstrategie	6
3.1. Gute Regierungsführung (Governance) und Rechtsstaatlichkeit	7
3.2. Integriertes Wassermanagement (IWM).....	8
3.3. Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung (Vocational Education and Training/VET)/ Employability.....	8
4. Querschnittsthemen	9
5. Durchführung und Koordination	10
6. Politikkohärenz und komplementäre Instrumente der OEZA	12

Abkürzungsverzeichnis

3JP	Drei-Jahres-Programm der österreichischen Entwicklungspolitik
ADA	Austrian Development Agency
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMBWF	Bundesministerium für Bildung und Frauen
BMEIA	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMWF	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
CSO	Civil Society Organisations, Zivilgesellschaftliche Organisationen
EK	Europäische Kommission
EU	European Union/Europäische Union
EUAIS	EU-Adria-Ionic Strategy
EuR	Europarat
EURALIUS	EU-funded Project „Consolidation of the Justice System in Albania“
FDI	Foreign Direct Investment/Ausländische Direktinvestitionen
IFI	Internationale Finanzinstitutionen
ILECU	International Law Enforcement Coordination Unit
IM	Indirect Management (delegierte Kooperation)
IPA	Instrument for Pre-Accession Assistance
IWM	Integriertes Wassermanagement
KOBÜ	Koordinationsbüro
LGBTI	Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Intersexual
MRBA	Menschenrechtsbasierter Ansatz
ODA	Official Development Assistance
OECD/DAC	Organisation of Economic Cooperation and Development/Development Assistance Committee
OeEB	Oesterreichische Entwicklungsbank
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
ÖFSE	Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung
ÖKB	Österreichische Kontrollbank
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PAR	Public Administration Reform
PMO	Prime Minister's Office
PPP	Public Private Partnership
RCC	Regional Cooperation Council (Regionaler Kooperationsrat)
SDG	Sustainable Development Goals
TAIEX	Technical Assistance and Information Exchange
TAR	Territorial Administration Reform
UBA	Umweltbundesamt
UNDP	United Nations Development Programme
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
VET	Vocational and Education Training
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
ZEI	Zentraleuropäische Initiative

1. Hintergrund und Analyse

Albanien hat in den letzten zwei Jahrzehnten trotz entwicklungshemmender politischer, sozialer und wirtschaftlicher Faktoren beachtliche Fortschritte erzielt. Im Human Development Index 2014 rangiert Albanien auf Platz 70 von 187 Ländern. Bedeutende Erfolge auf internationaler Ebene waren die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union im Juni 2006, das 2009 in Kraft trat, die NATO-Mitgliedschaft und der Antrag auf EU-Mitgliedschaft im April 2009, die EU-Visaliberalisierung im Dezember 2010 und die Verleihung des EU-Kandidatenstatus im Juni 2014. Für die EU-Integration und die weitere soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung bedarf es jedoch weiterer Reformen, insbesondere in den Bereichen Governance, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Demokratisierung.

Seit 1993 ist Albanien ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, die seit 1995 mit einem eigenen, der Botschaft angegliederten Koordinationsbüro in Tirana vertreten ist. Am 3. Juni 2008 wurde ein bilaterales Abkommen über Entwicklungszusammenarbeit unterzeichnet. Im Juni 2014 erfolgte die politische Entscheidung, die bilaterale EZA mit Albanien nicht, wie ursprünglich vorgesehen, mit Ende 2014 auslaufen zu lassen, sondern unbefristet fortzusetzen.

Die Landesstrategie 2015–2020 wurde mit dem Partnerland Albanien seit November 2014 vorbereitet und gemeinsam mit der albanischen Regierung, mit der Gebergemeinschaft in Albanien und mit allen staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteuren in Österreich abgestimmt.

Im Zeitraum von 1995 bis 2013 beliefen sich die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) Österreichs an Albanien auf 99,47 Millionen Euro. Im selben Zeitraum finanzierte die OEZA davon Programme und Projekte mit insgesamt 35,35 Millionen Euro.

Die Schwerpunktsetzung der OEZA in Albanien orientiert sich an den sozioökonomischen Bedürfnissen des Landes im Gefolge der wirtschaftlichen, politischen, sozialen, psychologischen und demografischen Veränderungen nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft. Eckpunkt der österreichischen Unterstützung war zunächst die humanitäre Hilfe für das Überleben von Menschen in Not, gefolgt vom langjährigen und nachhaltigen Aufbau lebensnotwendiger Infrastruktur (z. B. Wasserversorgung von Shkodra, Sanierung von Wasserkraftwerken) und der Unterstützung der Reform des Bildungssystems, besonders im Bereich der Berufsbildung, damit dieses flexibel auf die neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen reagieren kann.

Auf den bisherigen Erfahrungen aufbauend und mit Blick auf die Herausforderungen des Reformprozesses, die regionale Integration und die weitere EU-Heranführung konzentriert sich Österreich nun vermehrt auf Kapazitätsentwicklung und die Vermittlung von Know-how in den thematischen Schwerpunktbereichen Governance und Rechtstaatlichkeit, Integriertes Wassermanagement sowie Employability/arbeitsmarktorientierte Berufsbildung und trägt so nachhaltig zur Umsetzung der nationalen Sektorstrategien Albaniens sowie zur EU-Heranführung bei. Ein weiterer Fokus liegt auf der Förderung guter Regierungsführung im Rahmen der laufenden Dezentralisierungsprozesse zur Stärkung der Planungs- und Umsetzungskapazitäten in der öffentlichen Verwaltung und auf der Integration sozial schwacher und marginalisierter Gruppen und wirtschaftlich benachteiligter Regionen sowie auf regionaler Entwicklung in Nordalbanien. Dabei wird auf nationale Strukturen (z. B. Nationaler Fonds für Regionalentwicklung) und die positiven Projekterfahrungswerte mit der Regionalentwicklung in Nordalbanien Rücksicht genommen, damit diese auch auf andere arme Regionen, speziell im Süden Albaniens mit Unterstützung Österreichs und anderer Geber übertragen werden können.

Die Landesstrategie soll zusammen mit der Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan, der IFI-Strategie des BMF und der OeEB-Geschäftsstrategie aus den Zielen und Prinzipien des EZA-Gesetzes und des entwicklungspolitischen Drei-Jahres-Programms der Bundesregierung die mit dem Partnerland Albanien abgestimmten strategischen Schwerpunkte für das gesamtstaatliche Engagement aller staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure in Albanien abbilden.

2. Strategische Entwicklungsziele

Die Armutsminderung ist neben der Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit und der Erhaltung der Umwelt und dem Schutz der natürlichen Ressourcen als Basis für eine nachhaltige Entwicklung das übergeordnete strategische Ziel des gesamtstaatlichen entwicklungspolitischen Engagements Österreichs in Albanien im Sinne des EZA-Gesetzes. Der menschenrechtsbasierte Ansatz (MRBA) bildet die Basis und den umfassenden Grundzugang der OEZA.

Der strategische Bezugsrahmen für die Entwicklungsreformpartnerschaft mit Albanien sind die Strategie SEE 2020 des Regionalen Kooperationsrats (RCC) und das Indicative Country Strategy Paper (IPA II) für Albanien. Hinzu treten das 3JP, die Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan, die EU-Adria-Ionische Strategie/EUAIS und die internationalen entwicklungspolitischen Verpflichtungen von Paris, Accra, Busan und Mexiko sowie die Millenniumsentwicklungsziele und die 2015 in New York zu beschließenden globalen nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs).

Der entwicklungspolitische Fokus Österreichs liegt in den nächsten sechs Jahren auf der

1. Unterstützung der EU-Integration Albanien
2. Förderung der regionalen Zusammenarbeit mit den Westbalkanländern und den EU-Nachbarn Albanien, wobei die EU-Adria-Ionische Strategie/EUAIS und der RCC eine wichtige Rolle spielen,
3. Unterstützung des Reformprozesses in Albanien durch institutionelle und personelle Kapazitätsentwicklung und Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und sozialen Inklusion sowie Stärkung der Rechtsstaatlichkeit/Rechenschaftspflicht und Umsetzung der menschenrechtlichen Prinzipien
4. Förderung guter Regierungsführung im Rahmen der laufenden Dezentralisierungsprozesse zur Stärkung der Planungs- und Umsetzungskapazitäten der öffentlichen Verwaltung.

Eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung für die weitere Verbesserung der Lebensverhältnisse der albanischen Bevölkerung, insbesondere von Frauen und marginalisierten und verwundbaren Bevölkerungsgruppen wie beispielsweise Menschen mit Behinderungen und Kinder, die unter Armut und sozialer Ausschließung leiden, in armen Regionen Albanien und die Förderung von Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit durch den Aufbau einer aktiven und verantwortungsbewussten Zivilgesellschaft sowie der Gewerkschaften und ArbeitgebervertreterInnen ist das prioritäre Ziel der Landesstrategie. Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung erfordern Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und die Stärkung des Privatwirtschaftssektors. Diese Modernisierungsziele sollen durch verstärktes Engagement des österreichischen Privatsektors mit seinen leistungsfähigen Klein- und Mittelbetrieben in Synergie mit den Interessenvertretungen und der umfangreichen Expertise der staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure Österreichs in Albanien in den nachfolgenden thematischen Schwerpunktbereichen der OEZA im Partnerland erreicht werden. Bei der Stärkung der Planungs- und Umsetzungskapazitäten der öffentlichen Verwaltung kommt der Ebene der Gebietskörperschaften (Städte und Gemeinden) und einer starken lokalen Selbstbestimmung als wesentlicher Faktor für die Entwicklung eines modernen, EU-konformen Staatswesens eine besondere Rolle und Bedeutung zu. Verstärkte Aufmerksamkeit ist auch der sozialen Dimension durch die Förderung des sozialen Dialogs im Sinne der in Österreich erfolgreichen Sozialpartnerschaft zu schenken.

3. Thematische Schwerpunktbereiche der Landesstrategie

Die Schwerpunktbereiche der neuen Landesstrategie für Albanien sind:

1. Governance und Rechtsstaatlichkeit
2. Integriertes Wassermanagement
3. Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung/Employability

Die Auswahl dieser Schwerpunktbereiche wurde im Einvernehmen mit der albanischen Regierung zur Erreichung der vereinbarten entwicklungsstrategischen Ziele getroffen. Sie stehen im Einklang mit der strategischen Ausrichtung der EU-Entwicklungspolitik 2014 bis 2020 für Albanien, die u. a. in den Bereichen Demokratie und Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation sowie Bildung, Beschäftigung und Sozialpolitik inhaltliche Schwerpunkte hat. Zu einem breitenwirksamen und nachhaltigen Wachstum für die menschliche Entwicklung gehören vor

allem die Verringerung von Chancenungleichheit und die Förderung der **Bildung**, insbesondere auch der beruflichen Bildung, damit junge Menschen mit dem Wissen und den Fähigkeiten ausgestattet werden, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind und die sie als aktive Mitglieder einer sich entwickelnden Gesellschaft sowie für ihre nationale, regionale und internationale Wettbewerbsfähigkeit benötigen.

3.1. Gute Regierungsführung (Governance) und Rechtsstaatlichkeit

bilden weiterhin eine Priorität auch für die EU, die OSZE und den Europarat (EuR) und bedingen daher eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen multilateralen Akteuren und den EU-Mitgliedstaaten und dem Partnerland Albanien. Die OEZA wird sich bei der Durchführung dieser Landesstrategie im Bereich Governance auf Folgendes fokussieren: Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht und Umsetzung der menschenrechtlichen Prinzipien (Gleichheit und Nichtdiskriminierung, Partizipation und Inklusion sowie Transparenz und Rechenschaftspflicht) u. a. durch Förderung des Institutionenaufbaus und der Kapazitätsentwicklung (Parlamente, Rechnungshöfe), Stärkung bzw. Schaffung des gleichen Zugangs zum Recht für alle Menschen, insbesondere für marginalisierte Gruppen wie Roma, Kinder, Jugendliche und Angehörige von Minderheiten sowie die Förderung von Anwaltschaft für benachteiligte Gruppen, die Förderung von Transparenz und Anti-Korruptionsmaßnahmen unter Einbindung und Stärkung der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaft und Arbeitgeber sowie die Unterstützung des Partnerlandes Albanien in der Umsetzung internationaler Menschenrechtsverpflichtungen, inklusive der Empfehlungen des Universal Periodic Review.

Im Rechtsstaatlichkeitsbereich kommen dem BMI bei der Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung (ILECU-Projekt) und dem BMJ bei der Stärkung einer unabhängigen Justiz (EURALIUS-Programm) eine Schlüsselrolle zu.

Die Europäische Kommission stuft die Wirtschaftliche Governance/Wettbewerbsfähigkeit als zentrale Herausforderung ein. Im Grundrechtebereich verfolgt die EK eine Fokussierung auf die Themen Meinungsfreiheit, Roma und LGBTI-Personen. Das Indicative Country Strategy Paper der EK (IPA II, 2014 – 2020) sieht für Albanien insgesamt 649,4 Millionen Euro für die 8 Prioritätsbereiche vor:

1. Demokratie und verantwortungsvolle Regierungsführung
2. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte,
3. Umwelt und Klimapolitik,
4. Transport,
5. Wettbewerbsfähigkeit und Innovation,
6. Bildung, Beschäftigung und Sozialpolitik,
7. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,
8. territoriale und regionale Zusammenarbeit

Ein wichtiges Ziel der **Governance** ist die Stärkung, Modernisierung und Digitalisierung der Institutionen durch die Verbesserung der Qualität und Quantität der öffentlichen Dienstleistungen und vor allem des Zugangs zu diesen Dienstleistungen für die BürgerInnen. Erreicht werden soll dieses Ziel durch Korruptionsbekämpfung, Reduktion des bürokratischen Aufwands und e-Government. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene generell und für VerwaltungsbeamtInnen speziell dienen dem Ziel der Professionalisierung der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen und letztlich der Demokratisierung der ganzen Gesellschaft sowie einer Modernisierung des Landes.

Regionalentwicklung hat aufgrund der von der albanischen Regierung durchgeführten Territorialverwaltungsreform (TAR) und der Reform der öffentlichen Verwaltung (PAR) einen hohen Stellenwert in der Minderung der Armut und der Ungleichgewichte zwischen ländlichen und städtischen Gebieten sowie zwischen Gemeinden und zwischen Regionen. Die positiven Erfahrungswerte der von Österreich und der Schweiz unterstützten Regionalentwicklung Nordalbanien (Shkodra und Lezha) sollen in den nächsten Jahren auf Wunsch der albanischen Regierung auch auf andere arme und benachteiligte Regionen, insbesondere im Süden Albaniens, mit einem Fokus auf soziale Inklusion von verwundbaren und marginalisierten Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Menschen mit Behinderungen, ausgeweitet werden.

Als Beispiel für eine erfolgreiche Projektumsetzung hat sich die von der EU initiierte und von der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, als Projekt der delegierten Kooperation durchgeführte und kofinanzierte **Projektvorbereitungsfazilität** (Project Preparation Facility/PPF) für eine Fortführung im Rahmen dieser Landesstrategie – vorbehaltlich einer EK-Ausschreibung und erfolgreichen ADA-Bewerbung – empfohlen. Governance umfasst auch die von Österreich schon bisher unterstützte **Public Finance Management Reform** (PFMR). In den nächsten Jahren soll die Unterstützung der PFMR durch **ein integriertes Finanzinformationssystem**, eine allen BürgerInnen offen zugängliche Datenbank (Webportal), durch den Einsatz österreichischer und internationaler ExpertInnen und durch Finanzierung der notwendigen Infrastruktur und Kapazitätsentwicklung im albanischen Finanzministerium und in den untergeordneten Finanzämtern im ganzen Land fortgesetzt werden. Ein Beitrag zum Integrierten Planungssystem (IPS) der Regierung zielt auf die Stärkung der mittelfristigen Budgetprozesse, die Verbesserung der Effektivität der öffentlichen Ausgaben und die Unterstützung der strategischen Planungsaktivitäten in den Fachministerien ab.

3.2. Integriertes Wassermanagement (IWM)

als Schwerpunktbereich ist im Sinne des Nexus-Ansatzes (Wasser-, Energie- und Ernährungssicherheit) nicht nur komplementär zu den EU-IPA II – Prioritäten, sondern auch zur IFI-Strategie des BMF und zum Engagement der OeEB im Energiebereich entsprechend der OeEB-Strategie 2014–2017.

IWM soll im Rahmen der Landesstrategie und in Übereinstimmung mit den entsprechenden nationalen Ansätzen eine langfristige „Water Governance“-Perspektive entwickeln, in der das Schwergewicht auf der Kapazitätsentwicklung und Verbesserung der Managementkapazitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene liegen wird. Darüber hinaus soll es auch zu einer verbesserten Koordination zwischen allen für den albanischen Wassersektor relevanten Institutionen (Ministerien, Agenturen etc.) kommen. Die integrierte und koordinierte Zusammenarbeit in und zwischen der nationalen, regionalen und lokalen Ebene sowie zwischen den Institutionen muss auf die Verbesserung der Zusammenarbeit und der Funktionalität des Systems durch Beseitigung von Fragmentierungen, Überlappungen von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Planungsproblemen fokussieren. Es geht nicht nur um die Erarbeitung neuer Gesetze, Richtlinien und Standards und deren konsequente praktische Umsetzung durch eine verbesserte Koordination und Zusammenarbeit zwischen der Zentralregierung und den Gebietskörperschaften, sondern vor allem auch um mehr Innovation und Energieeffizienz und um kompetente Eigenverantwortung und Managementexpertise im IWM, insbesondere auf jenen Ebenen, die entsprechend der albanischen Strategie für die Dienstleistungen für die BürgerInnen und deren Zugang zu verbesserten öffentlichen Dienstleistungen essenziell sind.

3.3. Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung (Vocational Education and Training/VET) /Employability

war schon bisher ein Schwerpunkt des österreichischen Engagements (ADA, BMBF/Kulturkontakt Austria, BMASK und Privatwirtschaftssektor) in Albanien, wo Österreich zu den VET-Hauptakteuren zählt und einen wesentlichen Beitrag zu den Reformen in der Berufsbildung u. a. mit der Förderung von betrieblichem Lernen, der Steigerung der Qualität der schulischen Berufsbildung und Entrepreneurship Learning sowie Beratung in strategischen Reformfragen leistet. Zur Stärkung der praxisbezogenen Berufsbildung als Unterstützung für die österreichischen Niederlassungen soll in Zukunft die Expertise des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie der Wirtschaftskammer Österreich miteinbezogen werden.

Die österreichischen VET-Interventionen unterstützen die Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit von derzeit 31,3 Prozent (weder beschäftigt, noch in einer Schule oder Berufsausbildung) durch eine praxisnahe, arbeitsmarktorientierte und qualitativ hochwertige Ausbildung unter Einbindung aller relevanten Stakeholder und leistet dadurch einen essenziellen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Albanien. Denn gut ausgebildete Menschen haben bessere Chancen und mehr Wettbewerbsfähigkeit in der Arbeitswelt und tragen zur wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes bei. Das erfolgreiche österreichische VET-Engagement soll daher fortgesetzt werden und in den nächsten sechs Jahren auf Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen, insbesondere LehrerInnenaus- und Fortbildung, Lehrplanmodernisierung, verstärkte Einbindung des Privatwirtschaftssektors und Errichtung von Public-Private-Partnerships/PPP, soziale Inklusion und Geschlechtergleichstellung, Professionalisierung der Berufe und

Förderung von UnternehmerInnentum/ Entrepreneurship, fokussiert werden, um das Ziel nachhaltiger Employability zu erreichen.

Albanien ist im Begriff, seine berufliche Aus- und Weiterbildung zur Stärkung von Beschäftigung, wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Kohäsion grundlegend zu reformieren. Österreich bietet auf Basis seines qualitativ hochwertigen Berufsbildungssystems und seiner Erfahrungen im Bereich „Policy Learning“ in Südosteuropa Beratung in strategischen Fragen der Berufsbildungsreform.

Nachdem die Förderung einer beruflichen und wirtschaftlichen Basis für Jugendliche eine wichtige Maßnahme zur Prävention von Radikalisierung ist, kann die neue Landesstrategie für Albanien mit ihrer Schwerpunktsetzung auf Employability/arbeitsmarktorientierte Berufsbildung, aber auch auf Governance, Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergleichstellung und soziale Inklusion einen wichtigen Beitrag zur Stabilität Albanien leisten. Die interreligiöse Toleranz Albanien wiederum kann wertvolle Hinweise für die Entwicklung eines Dialogs der Kulturen und Religionen in Europa liefern. Im Kontext Migration und Entwicklungszusammenarbeit ist vor dem Hintergrund des weltweit zunehmenden Extremismus und Terrorismus eine verstärkte entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Albanien, einem der Transitländer des Westbalkans, zur Förderung von Sicherheit, Wohlstand und Frieden geplant.

Zur Minderung von Armut und hoher Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gebieten fördert Österreich die Berufsbildung in der Landwirtschaft und im Tourismussektor Albanien durch die Unterstützung von landwirtschaftlichen berufsbildenden Schulen und Tourismusfachschulen mit einem Fokus auf ländliche Entwicklung, Nachhaltigkeit und Frauen.

Diese Maßnahmen bauen auf österreichische Aktivitäten in diesem Bereich in der Vergangenheit auf. Bereits umgesetzte Projekte mit Pilotcharakter (z. B. IT-Schule Shkodra) können mit Fokus auf Geschlechtergleichstellung und soziale Inklusion auf Wunsch der albanischen Regierung in andere Landesteile übertragen werden. Ein zusätzlicher Fokus wird auf die Stärkung des Zugangs von Mädchen/Frauen zu atypischen Berufen und soziale Inklusion, insbesondere auch für Menschen mit Behinderung, gelegt werden und diese Erfahrungen sollen auf andere Schulen ausgeweitet werden.

Das BMBWF ist mit seinem KulturKontakt-Büro in Tirana und den Kooperationserfahrungen von KulturKontakt Austria in Südosteuropa ein wichtiger Partner im Bildungs- und vor allem im Berufsbildungssektor in Albanien. Zur Stärkung der praxisbezogenen Berufsbildung als Unterstützung für die österreichischen Niederlassungen soll in Zukunft die Expertise des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und der Wirtschaftskammer Österreich miteinbezogen werden.

4. Querschnittsthemen

Die Querschnittsthemen dieser Landesstrategie sind

1. Soziale Inklusion
2. Geschlechtergleichstellung
3. Umwelt/Klimawandel

Grundsätzlich bauen alle Interventionen der OEZA auf allgemeinen Qualitätskriterien auf – (i) ownership, (ii) do no harm, (iii) equity, equality and non-discrimination, (iv) participation and inclusion, (v) accountability and transparency, (vi) empowerment, (vii) sustainability.

Der Fokus der OEZA-Interventionen im Rahmen dieser Landesstrategie liegt auf **Geschlechtergleichstellung** und **sozialer Inklusion** von verwundbaren und marginalisierten Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Menschen mit Behinderungen sowie Roma und ÄgypterInnen. Obwohl Albanien im Jahr 2012 die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen (UNBRK) ratifiziert hat und die „Integration“ von Menschen mit Behinderungen auch von der albanischen Regierung als Herausforderung anerkannt wird, bleibt die Situation von Menschen mit Behinderungen in Albanien sehr schwierig. Aufgrund von baulichen Barrieren, schlechter Infrastruktur und Gesundheitsversorgung sowie fehlender Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten sind Menschen mit Behinderungen oft von extremer Armut betroffen. Vor allem in ländlichen Regionen erfahren Menschen mit Behinderung nach wie vor Diskriminierung und soziale Ausgrenzung.

Es existieren kaum spezifische Förderangebote beziehungsweise erreichen gesetzlich vorgesehene Unterstützungen nur sehr eingeschränkt die Zielgruppen. Österreich wird daher sein Know-how in Berufsbildung und sozialer Inklusion durch konkrete Projekte und Maßnahmen wie die „Integrative Berufsausbildung“, die „Arbeitsassistenten“, das „Jugendcoaching“ sowie die „persönliche Assistenz am Arbeitsplatz“ einbringen, damit Albanien von der Erfahrung Österreichs bei der beruflichen Inklusion bzw. Integration von behinderten und benachteiligten Jugendlichen bestmöglich profitieren kann.

Österreich stellt seine Expertise für das Partnerland Albanien zur Verfügung, um soziale und politische Spannungen hintanzuhalten und politische Stabilität und Sicherheit im ganzen Land zu gewährleisten. Dadurch sollen gleichzeitig auch das Investitionsklima und die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert und das Vertrauen der Bevölkerung in die Zukunft ihres Landes gestärkt werden, um aus der Not geborene Emigration sowie um Brain-Drain und Kapitalabflüsse zu verhindern.

Menschenrechts- und Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung bilden zusammen mit einer verstärkten Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung, der Politik und im öffentlichen Dienst die Grundvoraussetzungen für Demokratie und Stabilität und für das Gelingen der sozialen Inklusion, der Geschlechtergleichstellung und letztlich auch für eine nachhaltige Entwicklung Albanien.

Albanien besitzt eine große Vielfalt an Arten und natürlichen Lebensräumen und damit ein hohes Potenzial für Tourismus ebenso wie für die Nutzung natürlicher Ressourcen. Umweltschäden durch Erosion und Verschmutzung stellen aber eine große Bedrohung für dieses Potenzial dar. Berechnungen der Klimawandelfolgen prognostizieren vermehrte Trockenperioden und eine Verringerung der Wassermenge in den Gewässern, was nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Nutzung von Wasserkraft gefährdet. Trotzdem steigt das Risiko von Überschwemmungen.

Trotz der Verabschiedung einer Querschnitts-Umwelt-Strategie 2013–2017 weist der Fortschrittsbericht zur EU-Annäherung auf massive Mängel in der nationalen umweltrelevanten Gesetzgebung (z. B. UVP-Recht, Abfallrecht, Klimaschutzstrategie) und unzureichende finanzielle Mittel für effektiven Umweltschutz hin.

Nur durch verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaft, der Arbeitgeberorganisationen und des Privatwirtschaftssektors sowie durch eine transparente und verantwortungsbewusste Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene kann das allgemeine Bewusstsein für die Bedeutung von **Umweltschutz und Klimawandel** (Klimaschutz/Mitigation und Klimawandel-Adaption) für die nachhaltige Entwicklung des Landes, insbesondere auch seines Tourismus- und Landwirtschaftspotenzials, gefördert werden.

Österreich soll dabei seine international anerkannte Umweltexpertise (UBA, BMLFUW, Umwelttechnologie) verstärkt einbringen und in den thematischen Schwerpunktbereichen IWM und VET, vor allem aber in der Regionalentwicklung sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung Albanien leisten. Das vom BMF kofinanzierte Urbanisierungsprogramm der Weltbank kann durch das Nachhaltigkeitsgebot und gesetzlich verankerte, verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen beispielgebend vorangehen. Auch der OeEB kommt bei der Umsetzung der Querschnittsthemen, insbesondere bei Umwelt und Klimawandel, eine wichtige Rolle zu. Für die Querschnittsthemen gelten die Armutsminderung und der menschenrechtsbasierte Ansatz als die Leitmotive der OEZA.

5. Durchführung und Koordination

Subsidiarität ist ein Grundprinzip der OEZA-Interventionen, die möglichst nahe an den BürgerInnen, also auf lokaler Ebene in den Städten und Gemeinden, durchgeführt werden sollen. Die Einbindung der lokalen Bevölkerung, insbesondere der Frauen, und soziale Inklusion sind bereits bei der Projektplanung und -durchführung sowie bei der Projektaufsicht (Monitoring) zu berücksichtigen.

Der Förderung der aktiven Teilnahme der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen, an den politischen und sozioökonomischen Prozessen muss größere Aufmerksamkeit zukommen. Alle OEZA-Aktivitäten in den Querschnittsbereichen sind dahingehend zu setzen, dass sie die Zusammenarbeit in den Schwerpunktbereichen ergänzen und gleichzeitig EU-Standards und Strukturen möglichst weitge-

hend entsprechen. Die Stärkung und Einbindung der Zivilgesellschaft ist daher eine grundlegende Voraussetzung für die Planung, Umsetzung und Kontrolle von EZA-Projekten. Bei sozioökonomischen Projekten in den Schwerpunktbereichen IWM und VET und vor allem in den Bereichen Regionalentwicklung und Umwelt/Klimawandel sind die Einbindung und Stärkung des Privatwirtschaftssektors und womöglich auch ein Fokus auf private-öffentliche Partnerschaften (PPP-Modell) zur nachhaltigen Finanzierungssicherheit, besseren öffentlichen Akzeptanz und Verantwortlichkeit für nachhaltiges Projektmanagement erforderlich.

Alle österreichischen EZA-Akteure sind angehalten, der Kontrolle, Evaluierung und Nachbetreuung von OEZA-Projekten im Sinne von Transparenz und Rechenschaftspflicht erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, wofür systematisches Monitoring der Verwendung von Fördermitteln notwendig ist.

Die Landesstrategie Albanien richtet ihr Handeln nach den internationalen Verpflichtungen (Partnership for Effective Development Cooperation) und den Hauptprinzipien des Abschlussdokuments für wirksame Entwicklungszusammenarbeit aus.

Im gemeinsamen partnerschaftlichen Handeln werden (i) die Eigenverantwortung des Partnerlandes (Ownership) respektiert, (ii) die Ergebnisorientierung (Focus on Results) belegt, (iii) eine inklusive Zusammenarbeit der Entwicklungspartner (Inclusive Development Partnerships) gefördert sowie (iv) Transparenz und gegenseitige Rechenschaftspflicht erreicht (transparency and accountability).

Österreich bringt in diese Partnerschaften seine komparativen Stärken ein und versucht sich in Bereichen zu spezialisieren, in denen es die meisten Erfahrungen und einen Mehrwert für das Partnerland Albanien erbringen kann. Österreich wird neben der erweiterten Entwicklungseffektivität (development effectiveness) nach Busan weiterhin an den Indikatoren der Pariser Deklaration (aid effectiveness) festhalten, wie erhöhte Lieferaufbindung (untying), die Einbeziehung der Ländersysteme (use of country system) und Finanzierungstransparenz.

Den Busan-Empfehlungen für wirksame Entwicklungszusammenarbeit wird u. a. durch die konsequente Stärkung der Kapazitäten in Albanien, durch die Umsetzung von Entwicklungsgeldern der EK oder anderer Partnerländer, Beiträge zu Multi-Donor Initiativen wie den Trust Fund der Weltbank für Arbeitsmärkte/Labour Markets, Beschäftigung/Job Creation und Wirtschaftswachstum/Economic Growth, Unterstützung des Know-how-Transferprogramms (KEP) der Zentraleuropäischen Initiative/ZEI, weiters durch Vermittlung von EU-Integrations-Know-how durch EU-Twinning und TAIEX-Projekte entsprochen. Auch die Förderung des UNWOMEN Schwerpunktes, Gender Responsive Policies der UN Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women (UNWOMEN) oder des UN Children's Fund (UNICEF) zur Verbesserung der frühkindlichen Entwicklung von benachteiligten Gruppen baut bereits auf bestehenden Aktivitäten dieser UN-Organisationen auf und vertieft ihre Wirkung.

Die neue Landesstrategie orientiert sich an der EU-Strategie 2020, der daran ausgerichteten RCC-Strategie, dem Indicative Country Strategy Paper für Albanien 2014–2020 (IPA II) der EK sowie an den Prioritäten und den relevanten Sektorstrategien der albanischen Regierung und in Österreich am 3JP, an der Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan, an der IFI-Strategie des BMF und der OeEB-Strategie für den Westbalkan.

Die Geberkoordinierung erfolgt in Albanien einerseits durch die albanische Regierung/PMO, deren Rolle im Interesse eines permanenten, auch durch sektorielle bzw. integrierte Planungs- und Managementgruppen geführten Dialogs mit der Gebergemeinschaft gestärkt werden muss, und durch die EU-Delegation bzw. die Vereinten Nationen (UNDP) andererseits. Österreichischerseits wird die Koordination aller staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure in Albanien durch deren Vertretungen in Tirana unter der gemeinsamen Leitung der Botschaft und des KOBÜs regelmäßig durchgeführt. In Österreich wird die OEZA in Albanien im Rahmen der vom BMEIA einberufenen interministeriellen Sitzungen koordiniert, denen auch die Umsetzung der Landesstrategie und laufende Evaluierung der EZA-Projekte zusätzlich zu den gemeinsamen Evaluierungen von BMEIA und ADA obliegt.

6. Politikkohärenz und komplementäre Instrumente der OEZA

Im Interesse der Politikkohärenz und eines gesamtstaatlichen Ansatzes der OEZA-Aktivitäten in Albanien wurden alle potenziellen staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure im Partnerland Albanien in die Entwicklung der Strategie von Anfang an sowohl in Tirana als auch in Wien eingebunden. Dadurch können durch eine laufende innerösterreichische Abstimmung und Koordination potenzielle Synergien für das OEZA-Engagement in Albanien identifiziert, koordiniert und partnerschaftlich umgesetzt werden.

Eine wichtige Funktion in der innerösterreichischen Koordination und bei der Projektumsetzung, in der Entwicklung und Stärkung der Kontakte mit den Regierungsstellen und mit lokalen und regionalen Behörden des Partnerlandes sowie in der Koordination mit anderen bilateralen und multilateralen Gebern vor Ort kommt dem KOBÜ Tirana, das von der ADA geführt wird, zu.

Diese Rolle kann die ADA jedoch nur dann als Agentur des Bundes für Entwicklungszusammenarbeit erfüllen, wenn alle österreichischen EZA-Akteure in Albanien an der innerösterreichischen Koordination des gesamtstaatlichen EZA-Engagements aktiv mitwirken und auch an den laufenden Konsultationen mit der Regierung des Partnerlandes, insbesondere dem für die EZA-Koordination zuständigen Amt des Premierministers/PMO und mit den für die OEZA-Schwerpunktbereiche und Querschnittsmaterien sektoriell zuständigen Ressorts, teilnehmen.

Zusätzlich zum bilateralen EZA-Engagement Österreichs in Albanien im Rahmen der Landesstrategie 2015–2020 finanziert die ADA auch Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaftspartnerschaften und grenzüberschreitende regionale Projekte aus Mitteln der Regionalbudgetlinie im Rahmen der Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan sowie regionale Projekte, die auch den anderen Westbalkanländern zugutekommen und damit die regionale Zusammenarbeit fördern. Ebenso fördert die ADA Projekte in Kooperation mit anderen österreichischen EZA-Akteuren wie dem BMBF/Kulturkontakt, BMF, BMWFW, BMI, BMJ, UBA, NROs und dem Privatsektor.

Für die Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB) bildet der Westbalkan gemäß ihrer bis Ende 2017 geltenden Geschäftsstrategie eine Schwerpunktregion. Durch Unterstützung bei der Umsetzung von wirtschaftlich tragfähigen und entwicklungspolitisch sinnvollen Privatsektorprojekten – vor allem in den Bereichen erneuerbare Energie und Ressourceneffizienz sowie durch die Unterstützung von lokalen MKMUs – kann die OeEB zur Armutsminderung in Albanien beitragen. Insbesondere kann sie im Wege der Bereitstellung von Finanzierungen auch einen Beitrag zum Ausbau des großen Wasserkraftpotenzials Albaniens leisten. An Instrumenten stehen Investitionsfinanzierungen und Eigenkapitalbeteiligungen sowie die Finanzierung projektbegleitender Maßnahmen aus Advisory Programmes-Mitteln zur Verfügung.

Dazu kommen die vom BMF in Kooperation mit den IFIs, vor allem der Weltbank, unterstützten Projekte in den Bereichen Wasser/Energie, Urbanisierung, Infrastruktur, Investitionsklima, Finanzsektor-Stabilität bzw. Management, Financial Reporting Reform und Steuerreform. Österreich leistet dadurch einen wesentlichen Beitrag zu inklusivem Wachstum, zur Reduktion von sozialen und regionalen Ungleichheiten und generell zur Stabilität in Albanien und der Westbalkanregion. Österreich hat bisher Albanien mit 65 Millionen Euro Soft Loans, vor allem in den Sektoren Gesundheit, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, e-government und e-education, unterstützt. Da Albanien jedoch seit 2013 gemäß den entsprechenden OECD-Kriterien keine gebundenen Hilfskredite mehr empfangen darf, müssten allfällige Projekte künftig im Rahmen eines anderen Finanzierungsmechanismus umgesetzt werden.

Diese Landesstrategie mit angeschlossener Matrix kann allfälligen geänderten Rahmenbedingungen und Entwicklungen in Albanien angepasst und nach Konsultationen mit der Regierung des Partnerlandes und mit der Gebergemeinschaft in interministerieller Koordination und nach Evaluierung mit allen österreichischen EZA-Akteuren entsprechend abgeändert werden.

Matrix Albanien

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren
Governance und Rechtsstaatlichkeit		
<ul style="list-style-type: none"> — Stärkung des öffentlichen Sektors im Kontext der EU-Heranzuführung — Verbesserung der öffentlichen (dezentralen) Dienstleistungen — Verbesserung des Zugangs der BürgerInnen zu öffentlichen (dezentralen) Dienstleistungen — Verbesserung der Koordination und Abstimmung zwischen nationaler, regionaler und lokaler Ebene — Stärkung der PlanungsKapazitäten, der Budgetierung, Priorisierung, Umsetzung und des Monitoring im öffentlichen Dienst 	<ul style="list-style-type: none"> — Verwaltung agiert transparent und setzt Ressourcen effizient ein — Dienstleistungen lokaler und regionaler Verwaltungen sind gestärkt, um eine nachhaltige soziale und ökonomische Entwicklung zu fördern — Gender Responsive Budgetierungsprozesse werden auf nationaler und lokaler Ebenen angewandt — Kinderschutzeinrichtungen sind in allen Gemeinden operativ 	<ul style="list-style-type: none"> — Einführung und Umsetzung eines wirksamen, modernen und transparenten Finance Management Information Systems auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene — Regionen (z. B. Lezha und Shkodra) nehmen eine aktive Rolle in der Umsetzung von Initiativen zur effektiven Regionalentwicklung wahr — Übertragung der Erfahrungen und der Best Practises der Regionalentwicklung Nordalbanians auf andere arme und benachteiligte Regionen Albanians

Integriertes Wassermanagement

- | | | |
|--|---|--|
| <ul style="list-style-type: none">— Maximierung des Zugangs zu qualitativ geeigneter Wasser- und Abwasserversorgung unter besonderer Berücksichtigung der Interessen armer und benachteiligter Gruppen bei Planung und Betrieb von Wasserinfrastruktur— Bereitstellung der benötigten personellen Kapazitäten in allen Bereichen und auf allen Ebenen des Wassersektors, insbesondere zur Erhöhung der Planungs-, Umsetzungs-, Kosten-, Energie- und Ressourcen-Effizienz bei Wasserversorgung und Abwasserbehandlung— Berücksichtigung der engen Zusammenhänge zwischen Wasser, Energie und Ernährung bei der strategischen Planung der entsprechenden Sektoren (Nexus-Ansatz)— Verbesserung der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit von Investitionen im Wassersektor | <ul style="list-style-type: none">— Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung werden auf Basis transparenter Planungsinstrumente gereiht und umgesetzt.— Geeignete Tarif- und Verrechnungssysteme sind in den wesentlichen Bereichen des Wassersektors (z. B. Trinkwasser, Abwasser, Bewässerung) eingeführt und werden konsequent umgesetzt.— Die Rolle der Zivilgesellschaft als aktiver Akteur im Wassersektor ist national anerkannt, gestärkt und verankert.— Geeignete Aus- und Weiterbildungskonzepte für die Bereiche Trink- und Abwasser werden umgesetzt und basieren auf der Analyse bestehender Ausbildungsdefizite in den verschiedenen Bereichen des Wassersektors.— Sektorübergreifende Planungs- und Steuerungsmechanismen sind eingeführt. | <ul style="list-style-type: none">— 100/95 % Wasserversorgung in urbanen/ländlichen Gebieten (in 2020)— 89/69 % Abwasserentsorgung in urbanen/ländlichen Gebieten (in 2020)— Nationales Sektor-Programm (NSP) inkl. nationaler und externer Budgetierung— Institutionalisierte Pflege des Masterplans für Trinkwasser und Abwasser— Wassertarife mit Rücksicht auf soziale Abfederung— Trend zur signifikanten Reduktion der nicht-verkauften Trinkwasserproduktion (physische Verluste, unbezahlte Rechnungen)— Zivilgesellschaftliche Institutionen wirken formal und aktiv im Wassersektor mit— Ausbildungsplan zur Kapazitätsentwicklung im Wassersektor ist im „NSP“ integriert— Definition der Ausbildungserfordernisse für MitarbeiterInnen in Trink- und Abwasserbetrieben— Etablierung von zertifizierten Aus- und Weiterbildungssystemen— Der „Integrierte Planungs- und Management“-Ansatz ist im Wassersektor formell verankert und die Integrierte Planungs- und Management Gruppe ist operativ |
|--|---|--|

Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung/Employability

<ul style="list-style-type: none">— Stärkung der nationalen, regionalen und lokalen Kapazitäten im VET-Bereich— Verbesserung des Angebots arbeitsmarktrelevanter Berufs- und Weiterbildung unter besonderer Berücksichtigung von Frauen/Mädchen, Menschen mit Behinderungen und Roma/ÄgypterInnen— Unterstützung der Reform zur beruflichen Aus- und Weiterbildung – Förderung von landwirtschaftlichen berufsbildenden Schulen und Tourismusfachschulen mit einem Fokus auf ländliche Entwicklung, Nachhaltigkeit und Frauen— Erhöhung der Teilnahme der BürgerInnen (Frauen, Menschen mit Behinderungen, Roma/ÄgypterInnen) an VET-Strukturen	<ul style="list-style-type: none">— Kapazitäten und Kompetenzen existierender und neu etablierter VET-Strukturen sind gestärkt— Institutionen, Bildungsangebote, Kapazitäten und Kompetenzen des bestehenden albanischen VET-Sektors sind gestärkt, modernisiert und/oder neu etabliert.— Teilnahme sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen (spezieller Fokus auf Integration von Menschen mit Behinderungen) an Berufsbildungsangeboten und am Arbeitsmarkt ist erhöht.	<ul style="list-style-type: none">— Erhöhung der Anzahl der WirtschaftsvertreterInnen in den beratenden Organen der berufsbildenden Schulen— Neue oder aktualisierte Ausbildungsangebote sind im Bildungssystem verankert und werden umgesetzt.— Die mit österreichischer Unterstützung modernisierten oder neu etablierten Ausbildungsangebote verfügen über zeitgemäßes Equipment, moderne Lehrmaterialien und tragen zur sozialen Inklusion bei.— 200 AbsolventInnen von mit österreichischer Unterstützung modernisierten oder neu etablierten Ausbildungsangeboten— 70 Lehrende haben eine Weiterqualifizierung erhalten, um zeitgemäße Berufsausbildungen durchführen zu können.
--	---	--